



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 11.03.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Igor Plotnizkij über den Unwillen Kiews ein Gesetz über eine Amnestie zu beschließen

Der Unwille des offiziellen Kiew, ein Gesetz „Über die Amnestie“ aller Teilnehmer der Ereignisse im Donbass zu beschließen, ist ein wichtiges Hindernis für die Realisierung der grundlegenden humanitären Punkte der Minsker Vereinbarungen – die Befreiung und den Austausch aller Geiseln und ungesetzlich festgehaltenen Personen auf der Grundlage des Prinzips „alle gegen alle“. Ich will daran erinnern, dass dies am fünften Tag nach dem Abzug der schweren Waffen aus der Konfliktzone erfolgen sollte. Aber die ukrainische Seite weigert sich unter irgendwelchen Vorwänden, die Punkte 5 und 6 des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu erfüllen. Derzeit ist der Prozess des Austauschs im Grunde gestoppt, weil sich noch Milizangehörige in Gefangenschaft befinden, die in der Ukraine zu längeren Freiheitsstrafen strafrechtlich verurteilt wurden. Unter ihnen sind auch solche, die aufgrund von sehr „schweren“ Paragraphen verurteilt wurden. Bei anderen laufen noch die Ermittlungen und sie erwarten die Gerichtsverhandlung. Kiew weigert sich sie auszutauschen unter dem Vorwand, dass sie angeblich keine Kriegsgefangenen mehr sind. In dieser Situation ist es nicht vorstellbar das Problem ohne die Ausrufung einer allgemeinen Amnestie zu lösen.

Eine allgemeine Amnestie ist der Schlüssel zur Versöhnung der Konfliktseiten. Diese Position teilen auch die Experten der OSZE. So hat auf der letzten gemeinsamen Sitzung der politischen und der humanitären Gruppe in Minsk der Experte der OSZE die höchst wichtige Rolle gerade einer breiten Amnestie nicht nur für die Durchführung der Wahlen, sondern auch für einen möglichst schnellen Abschluss des Prozesses der friedlichen Regelung benannt. Aber bisher sabotiert Kiew die Annahme eines entsprechenden Gesetzes, das heißt, es erfüllt ein weiteres Mal nicht die im Rahmen des Maßnahmekomplexes übernommenen Verpflichtungen.

Dan-news.info: Die ukrainische Seite hat bei den Verhandlungen in Minsk am 10. März dem Vorschlag der DVR zugestimmt einen Austausch von Gefangenen nach der Formel „25 gegen 50“ durchzuführen, dies jedoch in Etappen zu tun. Die Donezker Seite ist mit diesem Herangehen nicht zufrieden, erklärte gegenüber Journalisten die Bevollmächtigte der Republik für Menschenrechte Darja Morosowa.

„Kiew kam mit dem Vorschlag einen Austausch „25 gegen 50“ etappenweise durchzuführen. Und sie haben bereits eine vorläufige Liste für die erste Gruppe vorgelegt. Wir sind mit einem etappenweisen Austausch nicht einverstanden. Wir fürchten, dass unsere Leute, die bereits in der Ukraine verurteilt wurden, niemals nach Hause kommen werden“, sagte Morosowa.

Dan-news.info: Die Verschärfung der Situation im Donbass ist ausschließlich aufgrund der Einnahme von Ortschaften in der sogenannten „grauen Zone“ durch die ukrainischen Streitkräfte erfolgt. Dies teilte die Pressesekretärin des Leiters der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen Denis Puschilin Wiktorija Talakina bezüglich der Position der DVR bei den Verhandlungen in Minsk mit.

„Die Verschärfung der militärischen Situation in der DVR ruft mindestens Besorgnis hervor“, sagte sie. „Die größten Befürchtungen ruft die Situation im Gebiet von Jasinowataja hervor. Zu verschiedenen Zeiten gerieten in diesem Gebiet Vertreter der Medien, der OSZE-Mission und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination unter Beschuss“.

Talakina fügte hinzu, dass eine solche Situation dadurch hervorgerufen wurde, dass die ukrainischen Truppen seit dem letzten Jahr eine Einnahme von Ortschaften in der „grauen Zone“ begonnen haben. „Diese Frage wurde schon mehrfach von den Vertretern des Donbass aufgeworfen, aber es gab keine klare Antwort. Die „graue Zone“ ist das Ergebnis des Abzugs von Waffen durch beide Konfliktseiten auf einen sicheren Abstand zur Garantie des „Regimes der Ruhe“ und des Waffenstillstands als solchen. Und das Eindringen ukrainischer bewaffneter Formationen auf das Territorium der „grauen Zone“ zeugt von einer faktischen Verletzung der zuvor erreichten Vereinbarungen“, sagte sie.

Talakina erinnerte daran, dass gemäß dem Maßnahmekomplex die OSZE-Mission die Aufgabe der Kontrolle und Koordination der Einhaltung der Punkte der Vereinbarung übernommen hat. „Die Haltung der „schweigenden Zustimmung“ der OSZE hat es den ukrainischen Truppen erlaubt die „graue Zone“ ohne besonderen Widerstand einzunehmen. Die DVR bewertet die Sicherheit der Vertreter der besonderen Beobachtermission hoch, aber die Sicherheit der eigenen Bürger bewertet sie nicht geringer“, unterstrich die Pressesekretärin der Vertreter der DVR in Minsk. Der Bevollmächtigte der DVR Denis Puschilin „forderte von der OSZE adäquate Handlungen für eine schnelle Lösung der entstandenen Situation“, unterstrich seine Pressesekretärin.

Dan-news.info: Die Donezker Seite hat heute auf der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk Materialien über Stationierungsorte von nicht durch Kiew kontrollierte Kämpfer an der Kontaktlinie vorgelegt. Dies teilte die Pressesekretärin des Leiters der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen Denis Puschilin Wiktorija Talakina mit.

„Auf dem Treffen der Kontaktgruppe am 2. März erklärte die ukrainische Seite, dass es in der Ukraine keine nicht kontrollierten bewaffneten Formationen oder Territorialbataillone gibt. Um größere Glaubwürdigkeit zu erreichen sagten die Vertreter der Ukraine zu, solche Abteilungen umzuformen, wenn Informationen über sie bekannt werden“, sagte sie. „Bei dem jetzigen Treffen haben die Vertreter des Donbass solche Information vorgestellt. Die Bevollmächtigten der DVR und der LVR Denis Puschilin und Wladislaw Dejnego übergaben den Teilnehmern der Kontaktgruppe Materialien und kartografische Bestätigungen... mit einer vollständigen Liste der Abteilungen und konkreten Angaben über ihre Stationierung“.

Talakina sagte, dass die DVR auf eine adäquate Reaktion der ukrainischen Seite hofft. Wir erinnern daran, dass gemäß Punkt 10 des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 alle ausländischen bewaffneten Formationen, Militärtechnik sowie Söldner unter Beobachtung der OSZE vom Territorium des Donbass abgezogen werden sollten und die ungesetzlichen bewaffneten Gruppen entwaffnet.

Dan-news.info: Die Donezker Seite hat bei der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk die Frage des Beschusses der strategisch wichtigen Donezker Filterstation aufgeworfen. Dies teilte die Pressesekretärin des Leiters der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen Denis Puschilin Wiktorija Talakina mit.

„Unter den Fragen, die auf dem Treffen der Kontaktgruppe vom bevollmächtigten Vertreter der DVR Denis Puschilin aufgeworfen wurden, war die Situation, die um die Donezker Filterstation entstanden ist, die sich zwischen den Positionen der Seiten befindet; das genannte Territorium befindet sich unter ständigen Feuer der ukrainischen Streitkräfte“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Dabei kann man nach ihren Worten die Position der Ukraine zu diesem Problem nicht anders interpretieren, als als Wunsch, auch die Arbeit der Filterstation zu behindern.

In diesem Zusammenhang, fuhr Talakina fort, lenkte der Bevollmächtigte der DVR Denis Puschilin die Aufmerksamkeit der Teilnehmer der Kontaktgruppe auf die soziale Wichtigkeit der Donezker Filterstation, die einen großen Teil der Bevölkerung des Donbass mit Wasser versorgt und „Drohungen mit der Einstellung ihrer Tätigkeit sind nicht hinnehmbar“.